

Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Das Ausmaß der Verbrechen der Nationalsozialisten und des Leides, das sie den Menschen zugefügt haben, bleibt unfassbar. Dennoch ist es notwendig, den Blick auf das Geschehene zu bewahren.

Ab März 1943 wurden unentwegt Sinti und Roma aus Deutschland, aus Frankreich und aus den Niederlanden, aus der Tschechoslowakei, aus Österreich und aus Ungarn in Güterzügen nach Auschwitz verschleppt und dort ermordet. Zahllose weitere wurden in anderen Lagern oder in den von Nazi-Deutschland besetzten Gebieten durch Mordkommandos umgebracht. Insgesamt waren es eine halbe Million Sinti und Roma.

Dieser Völkermord war kein „Schicksal“, sondern er war die Folge bewusster, rassistischer Politik. Er war der Endpunkt von systematischer Entrechtung, Ausgrenzung – und auch von Zustimmung, Gefolgschaft und Wegschauen. Über diese Geschichte werden wir gleich noch etwas hören.

Für die wenigen unserer Menschen, die die Verfolgung überlebt hatten, gab es keinen unbelasteten Neubeginn. Jahrzehntlang wurde dieser Völkermord verdrängt, verleugnet und sogar gerechtfertigt. Erst durch die Arbeit des Zentralrats und der Landesverbände erkannte 1982 der damalige Bundeskanzler Helmut Schmidt den Völkermord an unserer Minderheit an. Durch unsere Arbeit setzte allmählich ein Umdenken in der Politik und in den historischen Wissenschaften ein. —

Heutige Erscheinungen von Fremdenfeindlichkeit und Rassismus sind keineswegs harmloser als damals. Rechtsextreme Parteien sind inzwischen in vielen europäischen Ländern in den Parlamenten und sogar an Regierungen beteiligt. Sie schüren eine gesellschaftliche Stimmung, die Minderheiten auf rassistische Kriterien festlegt und an den Rand drängt. Besonders Roma werden in ihren Heimatländern Opfer von gewalttätigen Übergriffen und Mordanschlägen, die nicht aufgeklärt werden.

Dieser Rassismus ist die Ursache von Chancenlosigkeit und Verelendung – und schließlich von Abwanderung oder Flucht.

Aber auch bei uns in Deutschland können Verachtung und Hetze heute noch an Abgründe führen, die wir vielleicht nicht mehr für möglich gehalten hätten. In den vergangenen anderthalb Jahren haben wir mit Entsetzen mehr und mehr Einzelheiten über die NSU und ihre Mordtaten erfahren – und immer mehr über das Ausmaß des Versagens der Sicherheitsbehörden.

Es geht heute nicht mehr um eine handvoll „Alt-Nazis“. Es gibt auch in Deutschland eine neue Generation von Rechtsextremen, die aggressive Hetze betreibt und gewaltbereit ist. Solche Gruppierungen haben bei uns – zum Glück – keine großen parlamentarischen Erfolge. Trotzdem sind sie nicht zu unterschätzen. Ihre Einstellungen, mit der sie Menschen anderer Herkunft oder Religion abwerten und diffamieren, finden auch Rückhalt in der Mitte der Gesellschaft. Daher ist es notwendig, wachsam zu bleiben und jedem Ansatz von Menschenverachtung entgegen zu treten. —

Bei allen alarmierenden Tendenzen sollten wir allerdings auch nicht übersehen, dass Positives geschieht. Es gibt ein wachsendes Engagement von Menschen, die bereit sind, für Menschenwürde, Verständigung und kulturelle Vielfalt einzutreten. Viele Menschen arbeiten in unseren Integrationsdiensten, in Kindergärten und Schulen dafür, dass Verständigung und Integration gelingen. Ihnen möchte ich an dieser Stelle ausdrücklich danken.

Wir sollten den vielfältigen, beruflichen und ehrenamtlichen Einsatz anerkennen und fördern. Darin zeigt sich ein Lernen aus unserer Geschichte.

Eine Einrichtung in Gelsenkirchen, die schon seit einigen Jahren die Erinnerungskultur besonders pflegt, ist der Verein Gelsenzentrum. Der Verein sorgt von sich aus dafür, dass die Erinnerung an die Geschichte der Sinti dieser Stadt ein eigenes Gewicht erhält. Ich freue mich sehr über dieses Engagement.

Leider hat das immer noch nicht dazu geführt, dass hier in Gelsenkirchen ein dauerhaftes Zeichen des Gedenkens entstanden ist. Vor zwei Jahren scheiterte der Vorschlag im Stadtrat und in der Verwaltung, eine Straße nach dem Sinti-Mädchen Rosa Böhmer zu benennen.

Herr Oberbürgermeister Baranowski schlug danach uns vor, ein anderes, passendes Zeichen zu schaffen. Im letzten Monat scheiterte jedoch wieder eine entsprechende Initiative des Gelsenzentrums. - Ich verstehe das nicht.

Wir, die Sinti, müssen gewiss nicht besonders an unsere Toten und an die Folgen von Tyrannei und Rassismus erinnert werden. Aber das sollte ein ernsthaftes Anliegen der Bürgerinnen und Bürger und ihrer politischen Vertretungen sein, denn die Ermordeten waren Bürger dieser Stadt. —

Als im vergangenen Herbst das zentrale Mahnmal der Sinti und Roma in Berlin eingeweiht wurde, hatte Frau Bundeskanzlerin Angela Merkel die Verantwortung heutiger Politik für die

deutschen Sinti und Roma sowie für die Roma-Minderheiten in den Staaten Europas beschworen. Verantwortung beginnt damit, auf die Sprache zu achten:

Die Mehrheitsgesellschaft und die Politiker sollten wahrnehmen, dass Sinti und Roma zwei verschiedene Minderheitengruppen sind. Die Sinti sind Deutsche. Sie leben seit 600 Jahren in den deutschen Ländern. Jede Sinti-Familie, auch meine eigene, ist nachweislich seit mehreren Hundert Jahren in Deutschland, was man sonst nur in seltenen Fällen sagen kann. Wir sind keine Fremden, sondern deutsche Staatsbürger.

Roma aus anderen Ländern bringen andere Sprachen, andere Traditionen und die Religionen und Regeln ihrer jeweiligen Heimatländern mit. Auch die Spuren der anhaltenden Ausgrenzung verschwinden nicht über Nacht und können zu Verhaltensweisen führen, die nicht verständlich sind. Dennoch ist es notwendig, die Annäherung zu suchen – egal, ob es sich um EU-Zuwanderer oder um Flüchtlinge handelt. Das sind längst nicht nur Roma.

Die Menschen verlassen ihre Heimat, weil sie dort unter menschenunwürdigen Bedingungen leben müssen und keinerlei Rechte haben. Sie sind vom Kind bis zum Greis schweren Diskriminierungen ausgesetzt.

Alle größeren Städte Nordrhein-Westfalens erfahren Zuwanderung aus Südosteuropa in einem Ausmaß, das sie vor große Schwierigkeiten stellt. Die Politiker in der EU und auch die deutschen Vertreter in den Kommissionen haben den Fehler gemacht, neue Staaten aufzunehmen, ohne Überprüfung und ohne Beweise dafür, dass sich die Lebensbedingungen und die Rechte für die Minderheiten wirklich ändern.

Das Dringendste in der heutigen Situation ist, dass deutsche Politiker und die Verantwortlichen in den EU-Gremien endlich dafür sorgen, dass den Roma in ihren Heimatländern die Menschenrechte nicht länger vorenthalten werden – und dass sie Zugang zu menschenwürdigen Wohnungen, Arbeit, Gesundheitswesen und Bildung haben.

Solange darin keine merklichen Fortschritte erzielt werden, sind sie zumindest in der Pflicht, unsere Gemeinden, die die Last der Zuwanderung tragen müssen, nach allen Möglichkeiten und Mitteln zu unterstützen. Es kann nicht sein, dass unsere Regierung und die EU sich aus beiden Verantwortungen noch länger „heraus stehlen.“

Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.